

Wiener Zeitung

228. Jahrg.

Herausgeber und Eigentümer: Die Bundesverwaltung

Redaktion u. Direktion: L. Bäderstraße 13, Druckerei:
L. Bäderstraße 20, Fernsprecher: R-23-5-40 Serie.
Postparaffontonto 86.000.

Mittwoch, 14. Jänner 1931/Nr. 10

Bezugspreis: Mit Postvers. monatl. 5 S., vierteljährl.
15 S., 6. Ausland monatl. 7 S., ohne Postvers. monatl.
12 S., 40. Vierteljährl. 28 S., Einzelhefte 20 g. mit Postvers.
30 g.; mit Beilage „Sterr. Verwaltungsbblatt“ S 1 20.

Amtlicher Teil.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 23. Dezember v. J. in Personalstande der Generalintendant der österreichischen Bundestheater dem Sektionsrat Dr. Ernst Kofak das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich mit Rücksicht der Tzage verliehen.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 25. November v. J. dem Gendarmerieinspektordirektor Jzidor Petrovic des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg in Anerkennung vielfähriger, vorzüglicher Dienstleistung in der Gendarmerie und dem Gendarmerieoberinspektor erster Klasse Franz Masticzek des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich in Anerkennung besonders pflichttreuer und aufopfernder Dienstleistungen das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich tagfrei verliehen.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 23. Dezember v. J. dem Kommerzialrat Heinrich Grünzweig, Kaufmann in Wien, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich mit Rücksicht der Tzage verliehen.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 23. Dezember v. J. dem Präsidenten des Reichsverbandes der Konfektionäre Österreichs Kommerzialrat Friedrich Johann Fabranski in Wien das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich mit Rücksicht der Tzage verliehen.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 17. November v. J. dem Gendarmeriebezirksinspektor d. H. Franz Steurer des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich anlässlich seiner Veretzung in den dauernden Ruhestand die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik Österreich tagfrei verliehen.

Der Bundespräsident hat mit Entschliessung vom 3. Dezember v. J. dem Gendarmeriebezirksinspektor d. N. Josef Jäger des

Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich anlässlich seiner Veretzung in den dauernden Ruhestand die Große Silberne Medaille für Verdienste um die Republik Österreich tagfrei verliehen.

Nationalrat.

Finanz- und Budgetausschuss.

Der Finanz- und Budgetausschuss fekte gestern vormittags die Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1931, Kapitel „Innere“ fort.

Berichterstatter Ing. Tauschig hebt hervor, daß der Gesamtanspruch für das Kapitel „Innere“ für das Jahr 1931 rund 114 Millionen Schilling beträgt. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich ein Gesamtmehranpruch von rund 9 Millionen Schilling, der aus dem Mehrbedarf bei den Bundespolizeibehörden im Betrage von rund 7 Millionen Schilling und bei der Bundesgendarmerie von rund 2 Millionen Schilling resultiert.

Abg. Sever verweist darauf, daß nach § 83 a. b. G. B. das Ministerium des Innern die höchste Instanz für Rekurse in Ehedispensangelegenheiten ist. Die Rekurse biegen oft bis zu einem Jahre lang liegen, so daß viele Rekurswerber darauf verzichten, die Erledigung abzuwarten. Redner ersucht den Minister des Innern, mitzuteilen, wie viel Rekurse in der letzten Zeit eingereicht wurden, wie viel noch nicht erledigt sind und wie viel abgelehnt wurden. Dringend notwendig wäre auch die endliche Erledigung der Angelegenheit der Matritenführerstellvertreter im Burgenland, vor allem im Bezirke Oberpullendorf. Der Akt liegt bereits seit dem Mai 1926 im Ministerium, ohne eine Erledigung zu finden. Die Leute bekommen überhaupt keine Entschädigung für ihre Arbeit. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Abg. Dr. Aneuzl bezieht sich auf die Durchführung einer Verwaltungsreform als außerordentlich dringend. Es ist eine dreigliedrige Kommission zum Studium dieser Frage eingeseht worden, über die Tätigkeit dieser Kommission hat man aber bisher nichts gehört. Statt dessen wird unsere Verwaltung ohne Mehrleistung von Jahr zu Jahr teurer und ihr Gang immer schleppender. In manchen Ressorts ist es ohne Intervention geradezu un-

möglich, eine Angelegenheit zur Erledigung zu bringen. Insbesondere ist die sogenannte Doppelarbeit, die Behandlung derselben Angelegenheit durch mehrere Ministerien, für die Bevölkerung außerordentlich belastend. Der Redner richtet an den Vizekanzler das dringende Ersuchen, sich mit dieser Angelegenheit bald und energisch zu beschäftigen, und ersucht ihn um Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten zur Verwaltungsreform.

Abg. Alina bemerkt, die Reform der Rechnungslegung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen sei eine dringende und nicht mehr aufschiebbare Notwendigkeit. Dazu ist es vor allem notwendig, daß Vorschriften erlassen werden, durch die die Unternehmen verpflichtet werden, der Öffentlichkeit mit einer größeren Klarheit Aufschlüsse über ihre Vermögenslage zu geben. Die Forderung nach Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit ist heute mehr als jemals am Plage. In Deutschland versucht man nun, durch die Schaffung einer großzügigen Aktienrechtsreform den Forderungen der Wirtschaftsoffentlichkeit Rechnung zu tragen. Die Unternehmen veröffentlichen dort schon seit langem zweimonatsbilanzen. Das müßte an Österreich nicht nur für die Banken, sondern auch für die Industrieunternehmen verfügt werden. Eine Reform ist auch hinsichtlich der Bildung der Verwaltungsstellen in den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen notwendig. Die Kommissionsbildung dürfte nicht durch einfache Beschlüsse herbeigeführt werden können, die Bildung von Kommissionen müßte vielmehr im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sein und es müßte Vorkehrungen getroffen werden, daß Teile des Aufsichtsrates, wie zum Beispiel die Betriebsräte, solchen Kommissionen nicht ferngehalten werden dürfen. Gefordert muß ferner werden die Schaffung von unabhängigen Bilanzprüfern, da nur durch solche der Öffentlichkeit die Gewähr einer wirklichen Kontrolle und damit auch eine gewisse Beruhigung geboten wird.

Abg. Emmi Freundlich verweist darauf, daß im heurigen Sommer über diese Frage Beratungen im Haag stattgefunden haben, bei denen von allen Frauorganisationen die Forderung erhoben wurde, daß der Frau das Recht der freien Entscheidung über die Staatsbürgerschaft bei der Ver-

Asien verdrängt Europa.

Der Weltreisende Dr. Colin Ross hält am 13. d. M. in der Urania einen Vortrag über das Thema „Die Welt auf der Waage“. Unter diesem Titel hat der berühmte Schriftsteller kürzlich bei J. A. Brodhans in Leipzig ein Buch erscheinen lassen (geb. 4 Mark), das den „Querschnitt von 20 Jahren Weltreise“ darstellt. Colin Ross hat die Resultate seines Forschens in außerordentlich komprimierter Fülle wiedergegeben. Wir entnehmen dem Buch mit Genehmigung des Verlages nachstehend einen Abschnitt.

Die amerikanische Industrie, die bis vor kurzem ihre Produktion im Lande absetzte, steht heute auf den meisten Gebieten einem mehr oder minder gesättigten Markt gegenüber. Sie muß daher um jeden Preis Absatzmöglichkeiten im Ausland suchen. Bei ihrer gewaltigen Kapitalkraft und bei der gleichzeitig in ihr investierten ungeheuren Intensität, ihrem Expansionsbedürfnis und gleichzeitig bei ihrem psychologischen Verständnis und ihrer Suggestionskraft stehen wir vor einem Propagandafeldzug, der als Folge eine Technisierung und Europäisierung der letzten Gebiete der Erde bewirken wird, die bis jetzt vom weißen Manne und seiner Maschine unberührt geblieben sind. Es handelt sich dabei darum, den anderen Völkern die europäischen Bedürfnisse, das heißt zum großen Teil für sie völlig neue Bedürfnisse anzugewöhnen, gleichzeitig aber sie auch in den Stand zu setzen, für diese Be-

dürfnisse zu zahlen, das heißt selbst intensiv zu produzieren.

Wie stark die Suggestion ist, die von der Technik und ihrer Produktion ausgeht, besonders wenn sie mit der ganzen psychologisch fundierten Reklame des amerikanischen Geldes lanciert wird, dafür möchte ich ein paar Beispiele anführen. Es hat ja natürlich immer schon Handelsbeziehungen zwischen Wilden und Zivilisierten gegeben, in denen den ersteren Dinge als Wertobjekte aufgedrängt wurden, die für sie eigentlich unverwendbar und wertlos waren. Aber es ist noch nie in einem solchen Maße geschehen wie heute. Es gibt Gegenden in Afrika, wo der Besitz eines Fahrrades für einen jungen Schwarzen eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn er etwas bedeuten und vor allem auf das andere Geschlecht Eindruck machen will, obgleich es sich vielfach um Gegenden handelt, in denen für ein Rad keine Verwendung ist. Dasselbe gilt natürlich erst recht vom Auto. Als die deutsche Kommission in der ehemaligen ostafrikanischen Kolonie die rückständigen Askarihöfne auszählte, kamen auf einzelne langgediente Unteroffiziere mehrere tausend Mark. Manche hatten nichts Eiligeres zu tun, als sich für dieses Geld, von dem sie als Afrikaner bis an ihre Erde befraglich hätten leben können, schleunigst ein Auto zu kaufen. Natürlich wurden sie dabei übers Ohr gehauen. Sie fuhrten ein paar Mal, dann war der Wagen hin und unbrauchbar.

Als die Prohibition den kalifornischen Weinbau

in seiner Existenz bedrohte, warfen sich die Weinbauern auf die Rosenproduktion. Es ist für unseren Fall belanglos, daß sie es verstanden, den Amerikaner zum systematischen Verbrauch von Rosen zu erziehen, aber das man heute auch in Ostafrika, selbst im kleinsten Nest die bunte Packung der kalifornischen „Sunmaid seedles raisins“ findet, ist ein interessantes Beispiel dafür, daß fremden Ländern durch geschickte Suggestion und Propaganda bisher völlig fremde Bedürfnisse anezogen werden können.

Wie ich schon sagte, handelt es sich nicht nur darum, dem Farbigen die Produkte der europäischen Technik zu vermitteln, sondern auch darum, ihn in den Stand zu setzen, sie zu bezahlen. Da der Wohlstand der gewaltigen Masse der Farbigen weit unter dem europäischen Standard bleibt, ist dies nur durch die Erziehung der anderen Rassen zu intensiver Arbeit und Produktion in europäischem Sinne möglich. Solange das Exportbedürfnis der europäischen Industrie noch nicht so groß war — die amerikanische hatte bis vor kurzem überhaupt noch keines — war die Bezahlung mit dem ursprünglichen Produkt der Eingebornen möglich. Später erforderte die Bedürfnisbefriedigung Arbeit auf den europäischen Plantagen und Minen, und diese war als Ersatz der früher bestehenden Sklaverei gleichzeitig ein erwünschter Arbeitszwang. Aber für die heutigen Absatzbedürfnisse der amerikanischen und europäischen Industrie verdient der

heiratung genehmigt werden soll, und fragt den Innenminister, ob sich sein Ministerium mit dieser Frage beschäftigen und ob Vorarbeiten für eine Lösung getroffen werden. Es würde die Frauen Österreichs auch interessieren, inwieweit die Heranziehung von Frauen für die sozialen Dienste der Polizei möglich wäre und ob auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit eine Reform zu erwarten ist.

Abg. Janicki bemerkt, daß nicht nur die Entlohnungsverhältnisse der Matrikelführerstellvertreter im Burgenland ungerechtfertigt sind, sondern auch gewisse Gebühren der Matrikelführer selbst.

Bundesminister Ing. Winkler:

Abg. Sever hat die Frage der Dispensefragen angefaßt. Dazu habe ich zu bemerken, daß mit Entschlußung des Bundespräsidenten vom 5. Dezember 1930, B. G. Bl. Nr. 342, das Personalstandsweisen mit Ausnahme der Ehedispensanzlegenheiten dem Innenminister zugewiesen ist, daher diese Frage zum Bundeskanzler selbst ressortiert.

Bezüglich der Matrikelführerstellvertreter im Burgenland ist folgendes zu bemerken: Bereits am 8. Februar 1930 ist ein Erlaß an das Amt der burgenländischen Landesregierung abgegangen, der folgenden Inhalt hat: „Die Ansicht, daß die Tätigkeit der Matrikelführer nicht in den Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung falle, die Matrikelführer vielmehr selbständige Bundesbehörden seien, ist schon aus verfassungsrechtlichen Gründen unhaltbar. Artikel 102 B.-V. G. besagt, daß im Bereiche der Länder die Vollziehung des Bundes, soweit nicht eigene Bundesbehörden bestehen, der Landeshauptmann und die ihm unterstellten Landesbehörden ausüben. Die Errichtung von eigenen Bundesbehörden ist aber, soweit hierüber nicht Einigung nach Absatz 4 des Artikels 102 B.-V. G. zustande kommt, nur für die im Absatz 2 des Artikels 102 erschöpfend aufgezählten Angelegenheiten verfassungsrechtlich zulässig. Zu diesen Angelegenheiten gehört die Matrikelführung nicht, deshalb fällt sie in den Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung. Schon aus diesem Grunde kann eine Verpflichtung des Bundes zur Zumeisung von Geldmitteln für die Entlohnung der Matrikelführer (Stellvertreter) nicht in Betracht kommen. Bei diesem Anlaß wird noch mitgeteilt, daß bei Prüfung des Dienstverhältnisses der Matrikelführerstellvertreter nach § 3 U. M. G. und der städtischen Matrikelführer, beziehungsweise deren Stellvertreter keine Anhaltspunkte gefunden werden konnten, die zur Annahme berechtigen, daß diese Funktionäre Bundesangestellte sind.“

Damit erscheint die Anfrage des Abg. Sever und auch des Abg. Janicki bereits am 8. Februar 1930 erledigt.

Auf die Anfrage des Abg. Rneuzl bezüglich der Verwaltungsreform ist zu bemerken, daß diese Angelegenheit in das Ressort des Herrn Bundeskanzlers gehört. Ich werde aber die Fragen, die nicht mein Ressort betreffen, an den Bundeskanzler weiterleiten, sowohl die Frage der Dispensefragen wie auch die Frage der Verwaltungsreform.

Plantagenarbeiter zu wenig und selbst der Minenarbeiter kaum genug. Es liegt deshalb im Interesse des weißen Exports, den Farbigen zum Produzenten zu erziehen, wie es die Engländer in Nigeria, in Uganda und in Njassaland gemacht haben, wo sie die Schwarzen zu selbständigen Produzenten von tropischen Stapelprodukten, vor allem von Baumwolle, erzogen. Den gleichen Effekt hatte die Inbetriebnahme eigener Gummipflanzungen durch die Eingebornen auf Malakka und den Sundainseln.

Diese Entwicklung erzieht den Farbigen zum technisch geschulten Arbeiter und weiter zum Selbstproduzenten und Unternehmer. Sie führt zwar die gewünschte Absatzsteigerung herbei, aber gleichzeitig auch die Bedrohung des Abendlandes durch die farbigen Rassen zunächst in wirtschaftlicher und später auch in politischer Hinsicht.

Klar erkennbar wird das, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung Japans, Chinas und Indiens näher ansieht. Heute schon verdrängt die chinesische und indische einheimische Textilindustrie die europäisch-amerikanischen billigen Qualitäten vom einheimischen Markt. Es wird nicht sehr lange dauern, dann wird ihre Einfuhr nach Europa auf unseren eigenen Absatzgebieten den einheimischen Erzeugnissen Konkurrenz machen und damit ihre Fabrikation bedrohen. Nun ergibt sich natürlich als Korrelat, daß die dadurch kaufkräftiger gewordene indische und chinesische Bevölkerung in der Lage ist, höherwertige europäisch-amerikanische Produkte zu

Die Frau Abg. Freundlich hat eine Frage von größerer Bedeutung, die sich auf die Staatsbürgerlichkeit der Frauen bezieht und die insbesondere auch bei einer Konferenz im Haag zur Sprache gekommen ist, aufgeworfen. Ich bin dormalen nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten, weil das Ministerium des Innern an dieser Konferenz nicht beteiligt war und mir die bezüglichen Berichte nicht vorliegen, ich werde aber Gelegenheit nehmen, während der Verhandlungen des Budgetausschusses noch darauf zurückzukommen.

Hinsichtlich des Fürsorgebetriebes bei der Polizei erlaube ich mir dahingehend Aufklärung zu geben, daß bereits 24 Frauen als Fürsorgerinnen bei der Polizei tätig sind insbesondere beim Jugendamt, und daß sie für den von der Frau Abgeordneten bezeichneten Fürsorgebetrieb ausgebildet sind.

Abg. Allina hat sich mit der Rechnungslegung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen beschäftigt. Die Frage der Ausgestaltung der autonomen Revision der Aktiengesellschaften im Sinne einer materiellen Bilanzprüfung hat im verflochtenen Jahre den Gegenstand von Studien in den maßgebenden Regierungskreisen, insbesondere auch im Anschluß an den deutschen Aktiengesetzentwurf gebildet. Ich werde weiterhin der Angelegenheit mein volles Augenmerk widmen.

Schließlich reflektiert der Minister auf eine Bemerkung des Abg. Seiß in der Sitzung des Finanzausschusses vom 9. Jänner. Der Bürgermeister hat anlässlich der Besprechung der Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Aufführungen des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ gegen die Wiener Polizei den Vorwurf erhoben, daß sie bei der Bekämpfung der Ausschreitungen versagt habe. Ich muß die Polizei, erklärt der Minister, gegen diesen Vorwurf entschließen in Schutz nehmen. Die Polizeidirektion hat an den zunächst gefährdeten Stellen äußerst umfangreiche Vorkehrungen getroffen und war, als die Ausschreitungen auch an anderen, entlegeneren Punkten der Stadt auftraten, in der Lage, sie in Kürze zu unterdrücken. Die ausgerückte Mannschaft ist hierbei mit aller Entschiedenheit aufgetreten und hat auch wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht. Daß trotzdem Scheiben von Geschäftsauslagen durch Steinwürfe zertrümmert wurden kann bei solchen Anlässen erfahrungsgemäß nicht immer verhindert werden, weil die Steine eben über die Köpfe der angeklauten Menschenmenge und der Wache geschleudert werden. Ich gebe ohneweiters zu, daß es auch schärfere Bekämpfungsmittel als den Gebrauch des Gummiknüppels gibt. Ich bin aber der Meinung, daß Ursache und Art der hier in Rede stehenden Kundgebungen die Anwendung solcher schärferer Mittel nicht gerechtfertigt hätten, und bin überzeugt, daß auch der Bürgermeister diese Meinung teilen wird.

Abg. Dr. Ellenbogen bemerkt gegenüber dem Minister, er sei der letzte, der heftigen Attacken gegen Demonstranten das Wort reden würde, er müsse aber festhalten, daß es in anderen Fällen, zum Beispiel als es sich um den Schutz von Aufführungen in der Oper handelte, gelungen ist,

kaufen, die im eigenen Lande in dieser Qualität noch nicht herstellbar sind.

Bei optimistischer Auffassung kann man natürlich auch der Ansicht sein, daß die Industrialisierung Afriens und der übrigen Welt zwar für einzelne Industrien Krisen und Umstellungen, aber im ganzen eine Förderung und Belebung auch der europäisch-amerikanischen Wirtschaft bedeutet. Diese Auffassung liegt in der Interessenlinie des europäisch-amerikanischen Kapitals und wird sich deshalb auch durchsetzen auch gegen die pessimistische Auffassung, die in Europäisierung und Industrialisierung der farbigen Völker eine schwere Bedrohung des bisherigen Lebensstandards des Abendlandes sieht.

Man kann von einem Fabrikanten mechanischer Spinn- und Webstühle natürlich nicht erwarten, daß er einen Lieferungsantrag nach China oder Indien ablehnt, weil dadurch den Strumpf- und Wirkwarenfabrikanten seines eigenen Landes Konkurrenz gemacht wird. Was gehen ihn die Strumpf- und Wirkwarenfabrikanten an! Überdies wenn er den Auftrag nicht ausführt, so tut es sein Konkurrent. Da es nicht annehmlich ist, sich auszumalen, wie durch eine derartige Exportpolitik schließlich das Abendland in seiner Gesamtheit geschädigt wird, schließt man den möglichen Konsequenzen gegenüber genau so die Augen wie fetterzeit vor den katastrophalen Folgen der Politik des „laissez faire“!

diese Aufführungen zu schließen, obwohl es sich auch damals um Demonstranten derselben Kategorie handelte. Der Minister hat in der letzten Sitzung die Zumutung zurückgewiesen, daß er aus Mangel an Mut gegenüber dieser terroristischen Bewegung die Aufführung des Films verboten habe. Entscheidend ist, was zum Schluß geschehen ist. Schließlich ist der Minister zurückgewichen. Aber das ist nicht bloß eine Ermütigung von Aufseheren, sondern das ist ein politischer Erfolg, den zweifellos diese Gruppe erlangt hat. Was den Remarque-Film anbelangt, so haben auch wir das Gefühl einer starken Solidarität mit dem deutschen Volke in Deutschland, nur sehen wir mit Schaudern, daß das deutsche Volk sich jetzt verantwortungslos Abenteuerern in die Arme wirft, eine Tatsache, von deren Entwicklung wir nur mit Sorge und Angst für das deutsche Volk selbst erfüllt sein können. Man muß den Remarque-Film von seinem erzieherischen Werte aus beurteilen. Wenn man sagt, daß die Darsteller des Krieges Hysteriker sind, so muß auf Papst Benedikt XIV. verwiesen werden, der den Führern des Krieges in allen Ländern ihre schwere Verantwortlichkeit vorgehalten und die Völker und ihre Regierungen beschworen hat, diesem entsetzlichen Morden endlich Einhalt zu tun. Auf die Gefahr hin, daß auch ich ein Hysteriker genannt werde, wenn ich es begreife, daß derjenige, der solche Greuel miterlebt hat, und daß auch die Mütter dieser Menschen sich gegen eine Wiederholung solcher Greuel mit allen Mitteln wehren, erkläre ich, daß Filme, die solche Dinge zur Darstellung bringen, wie sie wirklich sind, durchaus erzieherisch wirken. Gegenüber dieser neuauferstandenen und unaufrichtigen Form der Propaganda muß Stellung genommen werden und es wäre gut gewesen, wenn die Regierung dem Drucke von Terroristen, die sich für den Krieg einsetzen, nicht nachgegeben, sondern wenn sie dieses erzieherische Werk weiter hätte ausführen lassen. Der Minister hat eine durchaus kulturwidrige Handlung begangen, abgesehen von dem politischen Charakter des Mangels an Festigkeit, der sich darin äußert, daß er nachgegeben hat und dieses erzieherische Werk verboten ließ. Hoffentlich gibt es noch andere Mittel, um die notwendige Propaganda zur Darstellung des Krieges, wie er wirklich ist, auf andere Weise in die Wege zu leiten und so dazu beizutragen, damit so furchtbare Erscheinungen wie der Krieg der Zukunft von der Menschheit ferngehalten werde.

Minister Ing. Winkler

bemerkte, er habe seinen seitherzeitigen Ausführungen über den Remarque-Film und über das Verbot dieses Filmes selbst nichts hinzuzufügen. Er habe es aber heute für seine Pflicht gehalten, die Polizei gegen die Vorwürfe zu schützen, die von Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, sowohl von Bürgermeister Seiß wie von Abg. Eisler, erhoben worden sind. Noch einmal möchte ich, sagt Minister Ing. Winkler, mit allem Nachdruck feststellen, daß die Polizei wirklich ihre Pflicht erfüllt hat. Es ist klar, daß es die Polizei niemand recht machen wird. Von anderer Seite ist wieder Beschwerde darüber erhoben worden, daß die Polizei zu brutal vorgehe. Wenn man aber in die Dinge wirklich Einblick hat und sich insbesondere die Situation vergegenwärtigt, in der die Bezirke I, II und III gewesen sind, muß man sagen, daß die Polizei mit aller Energie aufgetreten ist. Das Verbot ist nicht ergangen, um irgend einer Partei oder Bewegung dienlich zu sein oder irgend eine Protektion zu üben. Auch gegen diesen Vorwurf muß ich mich energisch verwahren. Die Polizei hat nichts als ihre Pflicht zu erfüllen, wo immer sie in Anspruch genommen wird, ohne Rücksicht auf die Zusammenfassung der Demonstranten, sie hat sich auf dem Boden des Gesetzes zu bewegen, sie tut es auch und macht keine Ausnahme. Wenn Abg. Dr. Ellenbogen mit eine geringe Zivilcourage und Mutlosigkeit zum Vorwurf macht (Abg. Dr. Ellenbogen: Eine geringe politische Courage! Ihre Zivilcourage mag sehr groß sein!), so will ich auch darüber mit ihm nicht streiten. Aber ich muß mich auch dagegen verwahren. Meine Entscheidung war nur von dem Bestreben diktiert, nicht etwa dann unter der Entwicklung der Ereignisse zurückzuzweichen. Denn auch über die Methode kann man verschiedener Auffassung sein. Ich bin der Auffassung, daß die Methode, die Sie empfehlen, die Methode, Märtyrer zu schaffen, gerade solchen Keimen Bewegungen nützlicher ist als die Methode der politischen Klugheit, deren sich die Regierung befleißigt hat. Denn nur das Gebot der politischen Klugheit war es, die